3. Jahrgang. Nr. 77.

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postscheckkonto: Nr. 23885 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.", Breslau. Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8837.

Donnerstag, 7. April 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3gespalten oder deren Raum im Text 8,— Mk.

Der weiße Schrecken in Mitteldeutschland.

Aus Mitteldeutschland wird uns geschrieben:

Als Hörsing, Noskes Pfade pilgernd, mit der Militarisierung Mitteldeutschlands auf Geheiß der beamteten und nichtbeamteten Ordnungsbestien begann, erhob die VKPD. sofort flammenden Protest und verlangte Einhalt des verbrecherischen, provokatorischen Spieles. Die beiden sogenannten sozialistischen Parteien aber, USP. und SPD., verschlossen krampfhaft die Augen vor dem Todesstreich, den Kapital und Gegenrevolution gegen das gesamte deutsche Proletariat zu führen entschlossen waren. Sie heuchelten Glauben an die Worte ihres Schergen und verstiegen sich allenfalls zu einem saft- und kraftlosen Protest in hohlen Worten. Und als die Kommunisten angesichts der Todesgefahr, in der die Arbeiterschaft schwebte, zum entschlossenen aktiven Kampfe aufriefen, hetzten und tobten die Sozialdemokraten beider Richtungen in der unflätigsten und erbärmlichsten Weise gegen sie, weil sie das Proletariat zum gewaltsamen Widerstande gegen seine eigene Erdrosselung und Abschlachtung aufriefen.

Die Arbeiterverräter der SPD. und USPD., sekundiert von einer ebenso feigen wie hirnlosen Gewerkschaftsbürokratie, erreichten ihr schmutziges Ziel: die Einheitsfront des Proletariats zu verhindern und seine Widerstandskraft zu lähmen. Hörsings Sipo- und Reichswehrbanden „siegten" über die planmäßig durcheinander gehetzte Arbeiterschaft. Tausende von Opfern liegen auf der Strecke. Und während noch das rote Blut aus ihren Wundmalen rinnt, während die tödlich Getroffenen verröcheln, während die weiße Gerechtigkeitshure, die der Sozialist Ebert, wie schon wiederholt in solchen Fällen, erneut auf den Thron erhoben hat, Todesurteile über Todesurteile fällt, Tausende von Proletariern, bloß weil sie für ihre Klasse kämpften, in Zuchthäuser und Gefängnisse sperrt und weitere Tausende zwingt wie gehetztes Wild unstät im Lande umherzuirren, mit einem Wort, noch bevor die Niederlage des heroisch kämpfenden Teiles des Proletariats besiegelt war, enthüllte das Kapital, auf dessen Geheiß und Befehl der „Sozialist" Otto Hörsing seine Kanonen bewaffnete Ordnungsmeute in Bewegung setzte, dem verwirrten Proletariate mit einem Schlage Sinn, Ziel und Zweck der blutigen Strafexpedition in Mitteldeutschland. In den meisten Betrieben des mitteldeutschen Industriebezirks wirft es die kommunistischen Arbeiter brutal und rücksichtslos auf das Straßenpflaster. Unzähligen Kommunisten aus den Leunawerken hat man die Entlassungsbriefe in die Wohnung geschickt. Nicht etwa, weil man dauernd auf ihre Arbeitskraft verzichten will. Nein, nur um die Arbeiter durch Hunger und noch größeres Elend kirre zu machen, um sie zu geduldigen, willenlosen Arbeitssklaven zu erniedrigen. Andere Kapitalisten sind noch brutaler. Sie verschmähen es sogar, diesen sanften Umweg einzuschlagen, sondern steuern vielmehr direkt und ohne jeden Skrupel auf ihr Ziel los. So leisten sie wider Willen eine ganz eindeutige und uns hochwillkommene Aufklärungsarbeit unter der Arbeiterschaft, die mit aktiver Hilfe der Sozialdemokraten beider Richtungen soeben blutig niedergeworfen ist.

Am 1. April legte die Papierfabrik in Cröllwitz bei Halle aus eigener Machtvollkommenheit und ohne ihrem Betriebsrat vorher auch nur ein Wort zu sagen, ihrer Belegschaft einen Revers zur Unterschrift vor, wonach jeder Arbeiter sich individuell verpflichten sollte, von Stund an für den gleichen Lohn, den er bisher für eine achtstündige Arbeitszeit bezogen hatte, fortan 10 Stunden täglich zu arbeiten. Ja die Arbeiter sollten sich weiter verpflichten, sich jeden Sonntag unentgeltlich zur Arbeit bereit zu halten.

Die Arbeiter der Papierfabrik bäumten sich einmütig gegen diese Kapitalsfrechheit auf. Sie beauftragten ihren Betriebsrat, von der Firma die sofortige Zurückziehung des Reverses zu fordern. Die Fabrikleitung pfiff auf den Betriebsrat und beharrte auf ihrer Niederwerfungsstrategie. Sie warf nicht nur den Betriebsrat hinaus, sondern telephonierte zugleich auch an Hörsings „taktvolle" Ordnungsbanditen in Halle. Und diese gehorchten, getreu der ihnen von der „sozialistischen" Regierung der Severing und Konsorten gestellten Aufgabe, natürlich voller Begeisterung dem Rufe des dividendenübersättigten Papierkapitals. Die „Ordnungs"-Sipo schaffte dadurch „Ordnung", daß sie den Betriebsrat kurzerhand verhaftete und ihn wegen — „Aufreizung zum Klassenkampf" in das wunderbar mit Drahtverhauen geschmückte Hallenser Gefängnis sperrte.

Arbeiter, Proletarier Deutschlands! Dieses Beispiel ist nur ein Symbol des großzügig geplanten kapitalistischen Angriffes gegen eure Klasse. Solche Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Seht ihr nun, was hinter Hörsings glatten Worten von dem Kampfe gegen Verbrechertum und Anarchie in Wirklichkeit steckte? Erkennt ihr nun endlich wie die rechtssozialistischen und unabhängigen Führer **euch schamlos belogen und betrogen** haben, als sie euch mittels Hetze und Tendenzlügen, die sogar den infamsten Schwindel des Reichslügenverbandes aus der Vorkriegszeit noch weit in den Schatten stellen, gegen die Kommunisten aufzuputschen versuchten, **obwohl es sich doch nur um die Abwehr der vollständigen Wehrlosmachung und Erdrosselung der deutschen Arbeiterklasse handelte? Hier habt ihr nun bereits die reifenden Früchte dieser schuftigen Verratspolitik eures Parteibonzentums: Arbeitsverlängerung, Lohnherabsetzung trotz steigender Teuerung, ökonomische Knebelung, politischer weißer Terror, Abschlachtung oder Zuchthausvermoderung eurer besten Vorkämpfer bei gleichzeitiger Abwürgung der letzten euch noch verbliebenen Rechte! Das ist das Fazit der Pogromhetzpolitik, die „Vorwärts" und „Freiheit" und alle ihre Nachtreter in trauter Seelen- und Kampfgemeinschaft gegen die Kommunisten und ihren heldenhaften Kampf gegen Orgeschismus, Konterrevolution und Arbeiterversklavung getrieben haben!**

Arbeiter, lernt endlich aus diesem Kampf! Schließt die Einheitsfront aller ehrlichen Proletarier! Hinweg mit euren Führern, die euer Geschick bewußt oder unbewußt, immer fester an den Schwindsuchtsleib des zusammengebrochenen Kapitalismus schmieden wollen. Vergeßt keinen Augenblick: **Ihr habt nur die eine Wahl, entweder langsam und schmachvoll zu verrecken oder kämpfend die kommunistische Welt zu erobern, die einzig und allein euch noch Rettung bringen kann.**

Handelt entschlossen und trotz aller Niederlage werdet ihr die Sieger von morgen sein!

Und dennoch Standgerichte.

Als wir vor einigen Tagen darüber berichteten, daß in Mitteldeutschland der militaristische Arbeitermord in Form von Standgerichten legalisiert sei, wurde diese Meldung sofort als Verleumdung von der gesamten bürgerlichen und sonstigen arbeiterfeindlichen Presse angeprangert. Dieses Dementi hatte ebensoviel Wert wie die Behauptung der Regierung, zur Niederkämpfung der Arbeiterschaft in Mitteldeutschland sei nur Sipo und keine Reichswehr verwandt worden. Die bayerischen Kahrbanden pfeifen auf die Kundgebungen der Regierung und tun, was sie Lust haben. Sie haben das Standrecht über Mitteldeutschland verhängt und üben es in der brutalsten Weise gegen ihre wehrlosen Opfer aus. Die „Post" meldet in ihrer Morgenausgabe vom 5. April aus Halle a. S.:

„In Schrappau ist einer der Haupträdelsführer, der Steinbrucharbeiter Reinhard Poblenz mit fünf seiner Genossen standrechtlich erschossen worden."

Auch der Weg der verfassungswidrigen Ausnahmegerichte, die unter frechem Rechtsbruch vom rechtssozialistischen Reichspräsidenten Ebert überall in Deutschland zum Arbeitermeuchelmord eingesetzt worden sind, genügt also den geschworenen Feinden der Arbeiterklasse nicht mehr, um ihr Mütchen an ihr zu kühlen. Wie zu Noskes Zeiten ist es in die Hand schnoddriger Leutnants aus Ostelbien gelegt, über das Leben deutscher Proletarier nach Gutdünken zu verfügen. Der Verrat der rechtssozialistischen und unabhängigen Liebediener der Bourgeoisie beginnt für diese prachtvoll zu fruchtifizieren. Unter dem Schein des Rechtes kann sie mutige Kämpfer der proletarischen Sache um ihr Leben bringen und damit den Kreis ihrer Feinde verringern. Die Helden der Internationale 2 und 2½ dürfen wahrlich stolz auf die Erfolge ihrer reformistischen und pseudorevolutionären Tätigkeit in der deutschen Republik sein!

3642 Verhaftete!

WTB. meldet, daß in Mitteldeutschland 3642 Personen festgenommen worden sind. Wahrlich, ein glorreicher Sieg, besonders wenn man bedenkt, daß sich darunter 1200 Notstandsarbeiter aus Leuna befinden. Die Ebertschen Ausnahmegerichte werden also genug Futter haben.

Der Kampf in England.

Die revolutionäre Stimmung der deutschen Arbeiterschaft, die revolutionären Erhebungen, die in Deutschland stattfanden, wurden von unsern Gegnern immer mit der Niederlage, die Deutschland im Weltkriege erlitten hatte, mit der entsetzlichen Lage der deutschen Wirtschaft erklärt. Als wir aber behaupteten, daß nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Ländern der sogenannten „Sieger" revolutionäre Erhebungen unbedingt kommen werden, da auch dort die Krise des Kapitalismus vorhanden ist und auch dort das Elend der Arbeiterschaft von Tag zu Tag steigt — da wurde uns geantwortet, Jahrzehnte müßten vergehen, bis auch das Proletariat der Ententeländer sich erhebt.

Die letzten Ereignisse in England, die Kämpfe, die jetzt dort beginnen, beweisen, daß wir recht hatten. Seit einiger Zeit schon waren aus England Meldungen vorhanden, die besagen, in England beginne eine große Kohlenkrise. Die Kohlenbarone Englands hatten nämlich eine eifrige Kampagne gegen ihre Arbeiterschaft begonnen, da diese es nicht ruhig dulden wollte, daß Lohnreduktionen eingeführt werden. Die Arbeiterschaft gab nicht nach, das Unternehmertum auch nicht. Die Unternehmer begannen die Betriebe stillzulegen und Arbeiter auszuschließen und die Arbeiter des Bergbaues antworteten darauf mit einem Streikbeschluß. Die Ausführung dieses Beschlusses beginnt augenblicklich.

Das ist der kurze Sachverhalt der Vorgeschichte der augenblicklichen schweren Kämpfe. Sie zeugt davon, daß die englische Bewegung ihren Anfang in durchaus wirtschaftlichen Grundlagen geschöpft hat, daß die heute vorhandenen Kämpfe aus der Notwendigkeit für die Bergarbeiter, ihre Existenz sicherzustellen, entstanden sind.

Es steht auch für uns fest, daß die Bewegung in England in der gegenwärtigen Phase ihrer Entwicklung eine wirtschaftliche ist. Es ist vollkommen klar, daß auch die englische Gewerkschaftsbürokratie, die genau so reaktionär ist wie unsere „vaterländische", alles daran setzen wird, um die Bewegung der englischen Arbeiterschaft nicht aus dem Rahmen des wirtschaftlichen Kampfes herauskommen zu lassen. Die englische Gewerkschaftsbürokratie ist nach schwerem und langem Zögern zur Entschließung gekommen, den Kampf aufzunehmen.

Erst der Druck der Massen, die immer revolutionärer sind als die Führer, da sie den Segen der Unternehmerwirtschaftswillkür an eigenem Leibe verspüren, hat die Bonzen gezwungen, zu handeln.

Und doch, trotzdem sie den Kampf aufgenommen, haben sie von vornherein die Forderungen auf das Minimum des Berechtigten gestellt, das heißt bereits vor Anfang der Aktion dieser den Stempel des normalen wirtschaftlichen Streikes aufgedrückt.

Doch wir haben ständig behauptet, daß jeder wirtschaftliche Kampf ein politischer ist. Es war von jeher die Auffassung der Marxisten, daß aus dem wirtschaftlichen Kampfe erst der politische entsteht, daß die Revolutionierung des Proletariats nur durch seine wirtschaftliche Notlage geschieht. Und die Betrachtung der englischen Bewegung zeugt davon, daß auch sie bereits zu einer politischen auswächst.

Von der gesamten Presse wird die Lage in England als katastrophal bezeichnet. Dem „Daily Chronicle" zufolge sollen einige englische Minister der Ansicht sein, daß England vor der größten Katastrophe seiner Geschichte seit dem Jahre 1914 steht. Auch Herr Lloyd George soll ernst bekümmert sein um den Ausgang und die Folgen der Aktion.

Die englische Regierung hat bereits zur Abwehr der Aktion Maßnahmen getroffen. Sie hat den Notstand proklamiert und auch das getan, was jede gut bürgerliche Regierung in brenzlichen Situationen zu tun pflegt — sie hat den Ausnahmezustand verhängt. Das zeugt genügendermaßen davon, daß die Aktion kein Spaß ist und ernste wirtschaftliche und politische Nachwirkungen haben kann und wird.

Die Lage der Bourgeoisie in England wird noch dadurch umsomehr gefährdet, weil auch die Transport- und Eisenbahnarbeiter dem Streik beitreten wollen.

Die Lohnreduktionen im Bergbau werden von der Arbeiterschaft als der Anfang einer allgemeinen Lohnherabsetzung aufgefaßt. Und obwohl der Sozialverräter und „Arbeiterführer" Thomas seinen gesamten Einfluß geltend machte, um die Eisenbahner vom Streik abzuhalten, gelingt es ihm doch nicht. Denn in England streiken bereits, trotzdem noch kein offizieller Streikbeschluß des Eisenbahnerverbandes vorhanden ist, 80 000 Eisenbahner. Dies ist ein Zeichen dafür, daß die Bewegung aus den von der Gewerkschaftsbürokratie gewünschten Grenzen hinauswächst. Die Tatsache, daß die Regierung 14 Eisenbahnlinien für „militärisch

wichtig" erklärt hat, beweist nur in ausreichender Weise die große Möglichkeit des Generalstreikes.

Wie dem auch wäre, die Gewitterwolken des Kampfes haben sich über das sonst ruhige England zusammengezogen. Die Arbeiter Englands schenken keinen Glauben mehr den Ausreden und Ausflüchten ihrer Unternehmer, die die Lohnreduktion damit begründeten, daß keine Aufträge mehr vorhanden seien (diese Ausflucht wird durch die Tatsache zur Lüge gestempelt, daß amerikanische Kohlenexporteure mit Aufträgen überhäuft werden, die für England bestimmt waren) und nehmen den Kampf gegen das Unternehmertum mit aller Schärfe auf.

Und wenn es in Liverpool zur Bildung von Arbeiterräten unter kommunistischer Führung gekommen ist, so ist dies nur ein Vorbote kommender Ereignisse, die den wirtschaftlichen Sinn des Kampfes durch einen politischen ergänzen werden.

Wir sind nun bei weitem nicht der optimistischen Auffassung, daß der große Kampf in England bereits die soziale Revolution bedeutet. Wir wissen, daß die politische Entwicklung der englischen Arbeiterschaft leider noch die Möglichkeit offen läßt, daß dieser Kampf wohl mit einem wirtschaftlichen Siege des Proletariats im Rahmen der gestellten Forderungen, aber mit keinem endgültigen wirtschaftlichen und politischen Umsturz der bestehenden Ordnung endigen wird.

Doch dieser Kampf ist ein Vorpostengefecht, und zwar ein solches, wo der Sieg der Bourgeoisie ihr Pyrrhussieg sein wird.

Er ist der Anfang einer Kette von wirtschaftlichen Massenkämpfen des Proletariats nicht nur in England, sondern in der ganzen Welt. Denn überall äußert das Unternehmertum dieselben Gelüste, überall, in Amerika, Deutschland und anderen Ländern beginnt das, was in England seinen Anfang genommen hat.

Diese Kette von wirtschaftlichen Kämpfen wird unbedingt einen politischen Verlauf haben und, belehrt im Kampfe, wird das Proletariat der Welt seinen Sieg erringen.

Politische Uebersicht.

Die Geiseln der weißen Ordnungsbestie.

Von der Pressekommission der kämpfenden Arbeiter erhalten wir nachträglich folgende Notiz:

In Eisleben war auf Veranlassung Hölz der Oberstabsarzt a. D. Dr. Eoerts festgenommen worden, weil seine Villa ein großes Munitionsdepot der Orgesch bildete, dessen Führer Eoerts war. Die Frau des Eoerts erbot sich freiwillig ihren Mann zu begleiten. Auf Veranlassung von Hölz hat Eoerts an einen Freund in Eisleben ein Schreiben gerichtet, und um Ueberweisung von 100 000 Mk. gebeten, die zur Löhnung der Roten Armee benötigt würden, wonach die Freilassung Eoerts erfolgen sollte.

Am Nachmittage sandte das Kommando der Eislebener Schupo folgendes Schreiben an Max Hölz:

„Ihre Forderung auf Zahlung von 100 000 Mk. für die Freilassung des Herrn Dr. Eoerts wird abgelehnt. Dagegen wird Ihnen mitgeteilt, daß, wenn sich Herr Dr. Eoerts nicht innerhalb einer Stunde unversehrt in Eisleben befindet, sämtliche gefangenen Kommunisten, einschließlich Frau Schneider, erschossen werden."

Die Frau des Genossen Schneider, des politischen Redakteurs der „Mansfelder Volkszeitung" war tags zuvor mit ihrem sechs Monate alten Säugling in ihrer Wohnung festgesetzt worden. Sie durfte das Haus nicht verlassen. Erst nachdem die Pressekommission durch einen gedruckten Bericht diese Bestien gebührend gekennzeichnet hatte, wurde die Genossin Schneider zum Zivilkommissar beordert, wo sie Angaben machen mußte, daß man ihr von einer Festhaltung als Geisel nichts gesagt hatte. Daraufhin ist ihr die Erlaubnis erteilt worden, Eisleben zu verlassen und zu ihren Eltern zu reisen.

Die gefangenen Kommunisten bestanden aus sämtlichen Parteifunktionären und aus allen Mitgliedern der Arbeiter-Samariterkolonnen, die sich gleich am ersten Tage als völlig neutral dem Kommando der Schutzpolizei zur Verfügung gestellt hat.

Und da wagen es diese Bestien noch, durch die schmutzigsten Verleumdungen über die Brutalität der Arbeiter zu zetern, um dadurch die Mannschaften der famosen Ordnungstruppe und die Bourgeoisie zu weiteren Pogromen zu hetzen.

Orgesch nützt die Stunde.

Nach der Niederschlagung der revolutionären Arbeiterschaft Mitteldeutschlands nützen die Orgesche die gute Gelegenheit aus, um sich dauernd in Gebieten festzusetzen, die sie für spätere Aktionen in den Händen haben möchten. So wird uns aus Sangerhausen folgendes mitgeteilt:

„Obwohl die Kämpfe in Mitteldeutschland im wesentlichen beendet sind, hören die Truppendurchzüge nicht auf. Dauernd passieren größere Abteilungen bayerischer Reichswehr mit zahlreicher Artillerie die Bahn. In der Umgebung von Sangerhausen und in Sangerhausen selbst sind Göppinger Studenten einmarschiert, die mit Gummiknüppeln und Handgranaten bewaffnet sind. Diese intellektuellen Orgeschleute hausen dort wie im Kriegsgebiet. Nicht nur Kommunisten, sondern auch Unabhängige und Rechtssozialisten, die irgendwie öffentlich hervorgetreten oder früher hervorgetreten sind, dürfen ihres Lebens nicht mehr sicher sein. Zahlreiche Verhaftungen, bei denen nicht zu erkennen ist, auf Grund welcher Unterlagen sie erfolgen, wurden vorgenommen. Der unabhängige Landrat des Kreises Sangerhausen Kaisereck mußte vor den Ordnungstruppen flüchten. Auch in der Nähe von Gotha sind größere Truppenmengen zusammengezogen worden, die sich aber zurückhalten, weil die Arbeiterschaft im Gothaer Land nach wie vor kampfbereit steht. In Halle a. S. konnte festgestellt werden, daß zahlreiche deutschnationale Studenten in Schupouniformen eingeschlichen sind in den Stadt nunen".

Diese Mitteilung, an deren Zuverlässigkeit nicht gezweifelt werden kann, zeigt einwandfrei, daß die Reaktion die Gelegenheit benutzt, um zu einem Schlage gegen die gesamte deutsche Arbeiterschaft auszuholen. Entgegen allen offiziellen Versicherungen beweist sie weiter, daß ausgerechnet die absolut reaktionär im monarchistischen Sinne gedrillte und geführte bayerische Reichswehr, deren Bestialität gegen Arbeiter sich zuletzt während der Kapptage im Ruhrgebiet manifestierte, auf die mitteldeutschen Arbeiter losgelassen wurde. Bei dem Abhängigkeitsverhältnis der deutschen Reichsregierung von Bayern ist es nicht weiter verwunderlich, daß sie den bayerischen Reaktionären die Gelegenheit gibt, als Auftakt zum nächsten Kapp-Putsch die notwendigen Vorposten der Orgeschbanden in Mitteldeutschland für dauernd zu installieren. Die rechtssozialistischen und unabhängigen Arbeiter, die diesmal den Parolen der VKPD. unter dem Einflusse ihrer verräterischen Führer nicht folgten, können gerade an dem Beispiel der Militarisierung Mitteldeutschlands erkennen, wie notwendig der kommunistische Vorstoß gegen Orgesch und seine Ordnung gewesen ist.

Die Pogromhetze der Reaktion.

Ein Vertreter der amerikanischen Gewerkschaften, Genosse Hendlack, der sich einige Zeit bei den Bitterfelder Arbeitern in Gröbenz und Wettin aufgehalten hat, schreibt uns über die maßlosen Verleumdungen der bürgerlichen Presse:

Die aus der Luft gegriffenen Lügen der Halleschen Presse über angebliche Brutalitäten der Arbeiter veranlassen mich zu folgender Darstellung des wahren Sachverhaltes:

Ich kam kurz nachdem die Bitterfelder Arbeiter den Angriff der Sipo zurückgeschlagen haben, in Gröbens an. Die Sipo hatte schwere Verluste zu verzeichnen. Zwei Autos mit viel Munition und einen Minenwerfer, der völlig intakt war, fielen in die Hände der Arbeiter. Die Sipo mußte 8 Tote auf dem Kampfplatze liegen lassen. Die Toten wurden auf einen Handwagen geladen und im Spritzenhaus aufgebahrt. Keine einzige Leiche war verstümmelt oder beraubt worden. Auf Veranlassung des Kommandeurs wurden ihnen lediglich die Stiefel ausgezogen, da das Fußzeug der Arbeiter sich in einem elenden Zustande befand. Sämtliche Gegenstände der Toten wurden gesondert, in Kuverts verpackt, aufnotiert und dem Gemeindevorsteher mit der Weisung übergeben, die Sachen an die Angehörigen zu übermitteln. Eine Repuisition von Fleisch, Brot fand nur in größeren Bauerngehöften statt, da weitere Vorräte nicht vorhanden waren. Den Wirten ist sämtliches Getränk bezahlt worden, was ich selbst mit eigenen Augen gesehen habe. Die vier Gefangenen wurden kurz vor der Abfahrt auf den Hof geführt, aber die Erschießung war eine leere Drohung. Im Gegenteil, den Gefangenen wurde jede Freiheit gewährt, sie bekamen gutes und reichliches Essen, unterhielten sich freundschaftlich mit den Arbeitern und lobten mir gegenüber das Verhalten der Arbeiter. (Was hat man aber mit den gefangenen Arbeitern getan? Die Red.)

Am Nachmittag kam Hölz, unter dessen Leitung der Abmarsch nach Wettin erfolgte. Ich trat erst kurz vor der Abfahrt der Truppe in Wettin bei. In Wettin waren die Banken und Post beschlagnahmt worden. Ein Gendarm, der sich mit der Waffe zur Wehr setzte, wurde angeschossen und sofort in ärztliche Pflege gegeben. Auf Veranlassung des Arbeiterkommandeurs wurde ein Auto mit den Schwerverwundeten, einem Samariter und einem Arzt nach Halle entsandt. Sämtliche Waren, die in Wettin requiriert wurden, sind bar bezahlt worden. Es fand auch eine Löhnung der Arbeitersoldaten statt, die je 50 Mk. erhielten, gleich welchen Rang sie einnahmen. Der Redakteur Schneider, der nur als Pressechef fungierte, erzählte mir von der unerhörten Behandlung seiner Frau. Ich mußte leider noch an demselben Tage nach Halle und weiß nicht, wohin sich die Truppe weiter gewendet hat.

Schwere Geburt.

Während der Preußische Landtag in diesen Tagen seine Arbeit beginnt, knobeln die Parteien immer noch über die Zusammensetzung der neuen Regierung. Bekanntlich möchten Zentrum und Demokraten, die zusammen mit den Rechtssozialisten bisher die preußische Regierung besetzt hatten, sich gern die deutsch-volksparteiliche Kritik vom Hals schaffen durch Einbeziehung des Stalles Stresemann in die jetzige preußische Koalition. Da die Rechtssozialisten bisher dauernd Opposition gegen dieses Projekt mimten, drohen ihre Bundesbrüder mit einer bürgerlichen Koalition. Diese Aussicht ist dem „Vorwärts" so sehr auf die Nerven geschlagen, daß er sich in seiner Morgenausgabe vom 5. April eifrigst bemüht, die Unmöglichkeit des Projektes den befreundeten Zentrümlern und Demokraten nachzuweisen. Er meint, eine bürgerliche Regierung in Preußen sei nur mit Unterstützung der Deutschnationalen Volkspartei möglich und bezweifelt deren Willen dazu. Er stellt sich dümmer, als er ist. Haben doch gerade die Deutschnationalen in der letzten Zeit öfter als je ihre Bereitwilligkeit zur Teilnahme an der Regierungskrippe bekanntgegeben. Der „Vorwärts" umwirbt die Demokraten und tut so, als ob sie sich eine deutschnationale Parteigängerschaft nicht gefallen lassen könnten. Aus ihm spricht die Angst vor der Geneigtheit der bürgerlichen Parteien, schon jetzt rücksichtslos aufs ganze zu gehen und den Rechtssozialisten für ihre Mitarbeit an dem Wiederaufbau des Ausbeuterstaates den Fußtritt zu geben, den sie als Kapitalistlakeien dafür verdienen. Der „Vorwärts" möchte verhindert sehen, daß der tatsächliche Orgeschcharakter der jetzigen preußischen Koalition vor aller Welt hervorgestellt würde dadurch, daß sich die bürgerlichen Parteien allein in die Verantwortlichkeit teilen. Er befürchtet für seine Partei daraus eine völlige Entlarvung vor den breiten Massen, weil sich dann sehr bald zeigen würde, daß hinter der sozialistischen Phraseologie der Severinge nichts weiter steckt, als das Bestreben, den revolutionären Drang der Massen zu dämpfen. Der „Vorwärts" befürchtet, daß sich dann auch in Preußen wie im Reiche erweisen würde der konterrevolutionäre Charakter der rechtssozialistischen Politik, die durchaus auf die Unterstützung des Gegenwartsstaates eingestellt und darum absolut arbeiterfeindlich ist. Deshalb sein Liebeswerben um die Demokraten, daß sie bei der Stange bleiben. Uns scheint, als ob die Bourgeoisie in Deutschland stark genug ist, um das Feigenblatt rechtssozialistischer Verantwortlichkeit entbehren zu können.

Die Mordjustiz der Rache.

Nach dem Maschinengewehrfeuer der Sipo, der Orgesch und der Reichswehr will man jetzt die Reihen der Arbeiterschaft mit dem Schnellfeuergeschütz der Ausnahmegerichte niedermähen. Schon sind die ersten Führer zur Strecke gebracht. Die eingesetzten Ausnahmegerichte sind zwar ein glatter Verfassungsbruch, aber die wild gewordene Gegenrevolution pfeift schon längst auf den „Fetzen Papier" und macht sich nicht die geringsten Skrupeln daraus, die ihr unliebsame revolutionäre Elemente der Arbeiterschaft dem ordentlichen Richter zu entziehen und sie auf kaltem Wege unschädlich zu machen. Die Rechtssozialisten sind die Büttel dieser ungesetzlichen Ausnahmejustiz und der „Vorwärts" hat an ihr weiter nichts auszusetzen, als daß sie gar zu nackt ihre verfassungswidrigen Blößen enthüllt. Er möchte ihr nur ein milderndes Mäntelchen umhängen, ohne ihr selbst an den dürren Leib zu gehen. Auch eine dem Justizministerium nahestehende offiziöse Stelle sucht der Oeffentlichkeit über den wahren Charakter dieser Rachejustiz Sand in die Augen zu streuen, indem sie in der Presse die guten und praktischen Seiten der Schnelljustiz und der Ausnahmegerichte rühmt. Die praktische Seite besteht aber nur darin, daß sie die politischen Angeklagten völlig rechtlos zu einem Spielball richterlicher Willkür macht und sie kurzerhand ohne viel Aufhebens hinter Gefängnis- und Zuchthausmauern verschwinden läßt oder sie gar dem Fallbeil oder der Füsilade der weißen Henker ausliefert. Statt einer größeren Anzahl von Richtern haben es bei den Ausnahmegerichten drei Richter in der Hand, über Sein oder Nichtsein eines Angeklagten zu entscheiden, und statt der Berufung kann der Verurteilte nur durch eine rein willkürliche und gnadenweise Wiederaufnahme des Verfahrens ein neues Urteil erwirken, das sich wohl nur in den seltensten Fällen von dem erstgefällten unterscheiden würde.

Der Fall Sylt lehrt mit krassester Deutlichkeit, daß die Rachejustiz der Ausnahmegerichte durch den noch kürzeren Prozeß der Erschießung auf der Flucht ergänzt werden soll. Die nachfolgende Untersuchung haben die weißen und uniformierten Attentäter nicht zu fürchten, wie auch aus der Methode erhellt, die im Fall unseres ermordeten Genossen Sylt angewendet wurde. Der Bericht der Berliner Arbeiterkommission, der man nur einen halben Einblick in die Untersuchung der Erschießung im Polizeipräsidium gestattete, ergab die völlige Unzuverlässigkeit der nachträglich zum Schauplatz geeilten drei Zeugen, die die Beamten zu decken suchten. Diese Kommission ist der Auffassung, daß durch die vorhandenen Widerstände das Versprechen des Polizeipräsidenten, eine restlose Aufklärung des Tatbestandes herbeizuführen, nicht eingelöst werden kann. Auch die hinzugezogenen Vertrauensärzte der Arbeiterschaft rügen die durch vorschnelle Obduktion und andere Sonderbarkeiten herbeigeführte Verdunkelung des Tatbestandes. Ein Oberarzt der chirurgischen Abteilung des Virchowkrankenhauses, Dr. E. Eylenburg, erklärte den Tod Sylts durch langsame Verblutung und gab als Chirurg seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß Sylt erst etwa 8 Stunden nach der Verletzung in fachärztliche Behandlung gekommen sei. Man schleifte den Schwerverwundeten auf den Steinfliesen umher, ließ ihn dort nur notdürftig bekleidet und mit einer Decke verhüllt liegen und ließ das mißhandelte Opfer der Rachejustiz sich zu Tode verbluten, ehe man zur Operation schritt. Im Gegensatz zu den Aussagen der beteiligten Beamten und den widerspruchsvollen Erklärungen der Zeugen, glauben wir den letzten Worten unseres heimtückisch ermordeten Genossen, der auf dem Sterbebett seiner Frau versicherte, keinen Fluchtversuch unternommen zu haben und seinen heranwachsenden Söhnen ans Herz legte, den feigen Mord an ihrem Vater an den Tätern und der ganzen kapitalistischen Gesellschaft im revolutionären Klassenkampf zu rächen.

Während Sylt, der als ein mutiger Vorkämpfer des Proletariats niedergemetzelt wurde, den Bürgern recht gelegen starb, rauft sich die bürgerliche Presse das Haar über die Schwierigkeiten, die der ehemals gekrönte Hanswurst Karl Habsburg der diplomatischen Welt durch seine trottelhafte Widerspenstigkeit macht. Da werden Salonwagen bereitgestellt, Ueberredungskünste in Szene gesetzt und das patriotische Eiapopeia gesungen. Die militärischen Ententevertreter suchen ihn mit Bitten und Schmeicheleien in den Salonwagen zu bugsieren. Schießen und Stechen können die bewaffneten Ententehelden natürlich nur gegen Proleten, wie eben erst in Mörs, wo man gegen kommunistische Arbeiter Salven abfeuerte, die 30 Tote und Verwundete niederstreckten.

Dagegen hat kein nationalistisches Blatt etwas einzuwenden, wenn Belgier, Engländer oder Franzosen auf deutschem Boden rotes Arbeiterblut fließen lassen; diese sonst so chauvinistischen Pressekulis wollen keinen deutschen Kapitalisten scheel ansehen lassen und erheben oft und gern ein großes Geschrei aus verletzter Ehre, aber in ihrem Kampf gegen das Proletariat sind sich die Deutschen mit der internationalen Bourgeoisie und Soldateska wieder mal einig. Sie hat auch nichts einzuwenden, wenn sich die Arbeitermörder international verbrüdern und nimmt es mit freundlichem Lächeln hin, wenn zum Beispiel laut Meldung der „Times" Oberleutnant Vogel, der Mörder-Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, sich als Geschäftsmann im Haag aufhält und dort regelmäßiger Besucher des deutschen Klubs ist. Was auch in diesem Falle von der „Entrüstung" des „Vorwärts" und der Rechtssozialisten zu halten ist, mag man daraus erkennen, daß einer ihrer prominentesten Vertreter, Franz Krüger, bei einem Loblied auf die Polizeischießerei den tödlichen Ausgang der Verwundung Sylts nur deshalb bedauerte, weil sein Tod den Kommunisten eine „ebenso willkommene Agitationswaffe wie der Tod Liebknechts" liefere und „weil der Tote viel gefährlicher als der Lebende wirke."

Kein Zweifel: Die mordende Gegenrevolution und die weiße Rachejustiz wird dem um sein Leben kämpfenden Proletariat die schärfsten Waffen bei seiner geeinten revolutionären Wiedererhebung liefern.

Die revolutionäre Aktion der englischen Arbeiterklasse.

Während die deutschen sozialistischen Parteien mit ihren Arbeitermassen ihren kämpfenden deutschen Brüdern in den Rücken fielen, geben jetzt die englischen Arbeiter, die bisher sozusagen den Schwanz des Weltproletariats bildeten, ein glänzendes Beispiel proletarischer Solidarität.

Solidarität der englischen Arbeiter.

Aus London meldet die „Deutsche Allg. Zeitung“:

Die Lage verschlimmert sich immer mehr. Von verschiedenen Punkten Schottlands wird gemeldet, daß die Bergleute die Fensterscheiben der Kohlenschuppen eingeworfen haben. In Falkirk griff der Pöbel (!) die regierungstreuen Mannschaften an, die die Eisenbahn bewachten. In der Grafschaft Fife zwangen die Bergleute durch ihre Drohungen die an den Pumpen beschäftigten Leute, ihre Tätigkeit einzustellen. Die stündlich eintreffenden Berichte lassen erkennen, daß die Arbeiterkreise sich immer mehr zu gemeinsamem Vorgehen zusammenschließen.

In den schottischen Gruben ist die Arbeit schon vollständig zum Stillstand gekommen. In den Stahlwerken an der Tyne entläßt man die Arbeiter mit einwöchiger Kündigung. Der aus Holland eingetroffene Arbeiterführer Thomas ist noch immer nicht mit seiner Vermittlungstätigkeit hervorgetreten. Einige Eisenbahnbeamte erklären, daß die Eisenbahngesellschaften die Grubenbesitzer unterstützen werden. In Erwartung, daß die Kohlentransporte eingestellt werden, teilten die Verbände der Mittelklassen ihre Bereitwilligkeit mit, Notstandsarbeiten zu leisten.

Die Haltung des Dreibundes.

London, 4. April. Die Berichte, die über den Kohlenstreik aus dem ganzen Lande einlaufen, besagen, daß die Eisenbahner bereit sind, sich den Bergarbeitern zur Herbeiführung eines Generalstreiks anzuschließen, und es scheinen wenig Zweifel zu bestehen, daß sich die Versammlung der Eisenbahndelegierten am Mittwoch für eine volle Unterstützung der Bergarbeiter erklären wird. Das Land steht daher vor der größten industriellen Erschütterung in seiner Geschichte, insbesondere, wenn die Transportarbeiter, was höchstwahrscheinlich der Fall sein wird, ebenfalls gemeinsame Sache mit ihren Verbündeten im Arbeiterdreibund machen. Die Neigung der Eisenbahner zum Streik ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß sie einen ähnlichen Schritt zur Herabsetzung ihrer Löhne voraussehen, wenn die Regierungskontrolle über die Bahnen aufhört, was im August der Fall sein wird. Die Eisenbahner sind daher der Ansicht, es sei besser, jetzt gemeinsam mit den Bergarbeitern zu streiken als später.

Der weiße Terror setzt auch in England ein!

Bekanntlich ist England, das „demokratische“, freie England das Land, von dem die stupiden Stubengelahrten des marxistischen Zentrums erwarten, daß sich hier der Sozialismus friedlich, ohne den Terror der niederträchtigen Bolschewiki durchsetzen wird. In der Tat, an Prophetengabe übertrifft die Kautsky u. Co. so leicht keiner. Folgende Meldung gibt eine kleine Vorprobe von der Humanität und Demokratie der englischen Bourgeoisie:

London, 4. April. In Verbindung mit dem Bergarbeiterstreik wird eine Reihe drastischer Maßnahmen von äußerster Tragweite amtlich veröffentlicht, die der Regierung die Macht gibt, über Land, Kohle, Bergwerke, Pferde, Fahrzeuge, elektrische Bahnen, Kleinbahnen, Kanäle, Nahrungsmittel, Futtermittel zu verfügen, den Transport auf den Straßen zu regeln, den Transport irgendwelcher Güter zu beschränken oder gänzlich zu verbieten, den Verkehr in den Häfen zu regeln, die Verzollung der Schiffe zu verweigern, das Ausladen irgendwelcher Güter zu verbieten, die Verteilung, den Preis und den Verbrauch von Gas, Wasser, Elektrizität und Petroleum zu regeln, in allen Teilen Englands den Kauf, Verkauf und den Besitz von Schußwaffen zu verbieten, die Veranstaltung von Versammlungen und Umzügen zu untersagen, und die Angehörigen der Wehrmacht zu jedem lebenswichtigen Dienst zu verwenden. Die Maßnahmen geben weiter der Polizei das Recht, ohne richterliche Vollmacht Durchsuchungen und Verhaftungen vorzunehmen. Uebertretungen dieser Verordnungen werden mit Zwangsarbeit bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu hundert Pfund Sterling bestraft. Die Admiralität hat alle Beurlaubungen widerrufen, aber es sind bisher noch keine Angehörigen der Marine in die Bergwerke gesandt worden.

Wie wenig erfindungsreich und phantasielos die Bourgeoisie sein muß, zeigt die englische Presse, die mit denselben Mitteln wie die deutsche kapitalistische Soldpresse den Blutrausch gegen den Bolschewismus zu erzeugen versucht.

„Daily Chronicle“ meldet aus Birmingham: Am Freitag wurde ein kommunistisches Aktionskomitee in der Kingstreet umzingelt und ausgehoben. 18 russische Bolschewisten und der Vorsitzende des Hafenarbeiterverbandes wurden festgenommen und dem Staatsanwalt vorgeführt.

Natürlich: „Ausländer, Fremde sind es meist,
die unter uns gezeugt den Geist
der Rebellion, dergleiche Sünder
sind selten Landeskinder.“

Heinrich Heine, der das vor 70 Jahren schrieb, hat die kapitalistischen Schmocke vorausgeahnt.

Die englischen Arbeiterführer gegen die englischen Arbeiter!

Die englischen Scheidemänner und Hilferdinge fallen dem englischen Proletariat in den Rücken! Auf einer Versammlung des Dockarbeiter-Verbandes erklärte der Arbeiterführer Ben Tillett, bevor eine Sympathieaktion für die Bergarbeiter unternommen werden würde, müßten alle Anstrengungen gemacht werden, um alle inbetracht kommenden Parteien wieder zusammenzubringen und die Verhandlungen neu zu eröffnen. Der Vollzugsausschuß der Dockarbeiter beschloß, wie verlautet, keinerlei überstürzte Aktion zu unternehmen, solange der Gegenstand des Streikes nicht vollkommen deutlich sei. Henderson sprach sich in gleichem Sinne wie Ben Tillett aus.

„Star“ meldet dagegen, es sei so gut wie sicher, daß der Arbeiterdreibund am Mittwoch beschließen werde, den Bergarbeitern aktive Unterstützung zu gewähren. Der Streikbefehl, der sofort das ganze industrielle Revier des Landes lahmlegen würde, werde jedoch wahrscheinlich verschoben werden, bis Bemühungen gemacht worden seien, um eine Regelung auf friedlichem Wege zu sichern.

Es wird an dem englischen Proletariat liegen, ob es über die Köpfe der Führer hinweg seinen Massenstreik siegreich fortsetzt, oder ob es wieder in das Sklavenjoch der Bourgeoisie sich einfangen läßt.

Ausland.

Die italienische Orgesch.

Der verschärfte Klassenkampf hat in allen kapitalistischen Ländern Westeuropas, in denen die regulären Truppen entweder zu schwach oder nicht unbedingt zuverlässig sind, Selbstschutzorganisationen der Bourgeoisie ins Leben gerufen. Die Organisation Escherich (Orgesch) in Deutschland ist unseren Lesern zur Genüge bekannt. Nur in einem Lande besteht jetzt eine gleichwertige Banditenhorde, die mit Feuer und Mord gegen die Arbeiterklasse wütet: Italien. In Italien sind die Kämpfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat besonders heftig. Das reguläre italienische Militär ist längst nicht mehr zuverlässig genug. Deshalb wurde unter dem Namen Fascio del Combattimonto ein Kampfbund der bewaffneten Bourgeoisie gegen das Proletariat ins Leben gerufen. Zwischen den Faszisten und der italienischen Regierung bestehen zwar keine organisatorischen Verbindungen, jedoch kämpft die königliche Garde, die Gendarmerie und Polizei Schulter an Schulter mit den Faszisten, wie aus nachstehendem bürgerlichen Bericht klar hervorgeht:

Die Entstehung des Faszistenbundes fällt in die dem Kriegsende unmittelbar folgende Zeit; sie ist auf die sogenannten „Interventionisten“ zurückzuführen, die schon vom Herbst 1914 ab Italien zur Intervention im Weltkriege, d. h. also zur Teilnahme an demselben drängten und sich dadurch schon damals in einen gewissen scharfen Gegensatz zu den vom „Avanti“ geführten sozialistischen Gruppen gestellt hatten. Während der ersten Friedensmonate im Herbst 1918 schlossen sich diese Elemente, unter deren Führern der Redakteur des Popolo d'Italia, Mussolini, Kapitän Boschi, der Futurist Marionetto, D'Annuncio und andere waren, zur Erreichung verschiedener nationalistischer Ziele, wie z. B. der Erhaltung Fiumes und Dalmatiens für Italien, Bekämpfung des revolutionären Sozialismus bzw. Bolschewismus, zusammen. Von Anfang an suchten die Faszisten die politische Macht notfalls auch unter Anwendung von Gewalt an sich zu reißen.

Von einem Erfolg war zunächst allerdings infolge des Mangels an Organisation und angesichts der ganz geringen Anzahl von Anhängern, die sich noch dazu aus lauter ganz jungen Leuten rekrutierten, keine Rede. Seitdem ist aber die Organisation immer mehr ausgebaut und die Anzahl der ordentlichen Mitglieder bedeutend vermehrt worden, und zwar sowohl in den größeren und kleineren Städten als auch auf dem flachen Lande. Gegenwärtig kann man die Mitgliederzahl in ganz Italien mit ungefähr 30 000 ansetzen, wovon auf Rom und Neapel 2500 bis 3000, Genua und Mailand je 2000, Florenz 1000 bis 1500, Turin und Triest je 1000 Mitglieder zu rechnen sind. Das unverhältnismäßig rasche Anwachsen der Mitglieder eines im innersten Wesen imperialistisch gerichteten Vereins erklärt sich sehr natürlich aus dem für Italien so glücklichen Ausgang des Krieges, eine Erklärung, die in der Herkunft der meisten Mitglieder ihre Betätigung findet. Hauptsächlich finden sich im Verein ehemalige Soldaten, vor allem Reserveoffiziere und entlassene Unteroffiziere. Daraus erklärt sich auch, daß die Faszisten über so viel Waffen (Pistolen, Bomben und Handgranaten) verfügen können, welche sie zweifellos bei der Demobilisierung nicht ablieferten. Dem Waffenbesitz wird auch seitens der Polizei, da es sich um nationalistische, also „gutgesinnte“ Elemente handelt, kein wesentliches Hindernis entgegengestellt, welcher Umstand nicht nur als

Zehn Gebote der Kommunisten!

Von Waldemar.

1. Gebot.

Du hast die Pflicht, weniger durch deine Handlungen, als durch ein auffallendes Aeußeres zu zeigen, wer du bist. Wer nicht auf 50 Meter schon als Kommunist erkannt wird, ist keiner.

2. Gebot.

Kleide dich daher möglichst auffallend. Hornbrillen sind nicht mehr ganz modern, dagegen sind Samtröcke mit Kniehosen, oder Schillerkragen mit Sowjetsternen und Löwenmähnen mit Schlapphüten sehr zu empfehlen.

3. Gebot.

Auf der Straße und in öffentlichen Lokalen rede möglichst laut von Parteiangelegenheiten, damit auch Schwerhörige aufmerken.

4. Gebot.

Lege dir auch am Telephon, besonders wenn zu vermuten ist, daß es überwacht wird, keinerlei Zwang auf. Erkundige dich vor allem nach illegalen Personen und Adressen. Die Ueberwachungsstelle langweilt sich sonst.

5. Gebot.

Nenne illegal auftretende Personen stets bei ihrem richtigen Namen, damit er sich möglichst schnell herumspricht.

6. Gebot.

Trage möglichst viel Adressen und sonstiges Parteimaterial bei dir, damit du bei einer Verhaftung genügend kompromittiert bist. Sorge auch dafür, daß bei einer Haussuchung die Polizei nicht enttäuscht wird.

7. Gebot.

Gehe täglich mindestens einmal an besonders überwachte Stellen, auch wenn du nichts dort zu suchen hast. Die Spitzel nehmen gerne verlorene Verbindungen wieder auf und freuen sich überdies, bekannte Gesichter wieder zu sehen.

8. Gebot.

Beherzige besonders bei vertraulichen Besprechungen das zweite Gebot. Am besten nimmst du dazu noch eine dicke Aktentasche und einige möglichst phantastisch gekleidete Frauen mit kurzen Haaren mit, damit auch der dümmste Spitzel im Bilde ist.

9. Gebot.

Ueber vertrauliche Sitzungen spreche sofort möglichst viel und detailliert, damit die bürgerliche Presse noch am gleichen Tage einen ausführlichen und genauen Bericht bringen kann.

10. Gebot.

Alles, was du dir nicht vom Herzen reden kannst, vertraue Briefen an; vergiß dabei nicht, auch über den kleinsten Dreck zu berichten. Gib die Namen recht deutlich und mit genauer Adresse an, du sparst dadurch der Polizei — wenn die Briefe „zufällig“ in ihre Hände kommen — viel Arbeit.

Die „Kämpfer“.

Ein junger Metallarbeiter begegnet auf der Straße einem Metallarbeitersekretär. Es entwickelt sich zwischen beiden folgendes Gespräch:

Arbeiter: „Na, wie steht's denn mit den Verhandlungen?“

Sekretär: „Glänzend.“

Arbeiter: „Also haben wir gesiegt?“

Sekretär: „Das war doch vorauszusehen.“

Arbeiter: „Da gibt's also keinen Generalstreik?“

Sekretär: „Gottseidank, nicht.“

Arbeiter: „Davor hatte die Bourgeoisie den größten Respekt.

Sekretär: „Na, glauben Sie denn wir nicht?“

Arbeiter: „Unter welchen Bedingungen wird denn die Arbeit wieder aufgenommen?“

Sekretär: „Das ist Geheimnis.“

Arbeiter: „Ich habe gehört, daß fünf Punkte vereinbart worden sind.“

Sekretär: „Montag geht's los.“

Arbeiter: „Wirklich?“

Sekretär: „Freuen Sie sich denn nicht?“

Arbeiter: „Na ja, aber... die Bedingungen...“

Sekretär: „Die sind doch Nebensache. Ihr arbeitet einfach wieder, und damit basta.“

Arbeiter: „Und die Vertrauensmänner?...“

Sekretär: „Ach so, Sie meinen die Kommunisten. Die fliegen.“

Arbeiter: „Und die Solidarität?...“

Sekretär: „Mit Leuten, welche die bestehende Ordnung stürzen und die Diktatur des Proletariats errichten wollen, gibt es keine Solidarität!“

Arbeiter: „Es sind aber doch unsere Genossen!“

Sekretär: „Solche Genossen können wir nicht brauchen.“

Arbeiter: „Da werden sich die Unternehmer freuen.“

Was ist die demokratische Republik?

Man glaubt schon einen ganz gewaltig kühnen Schritt getan zu haben, wenn man sich freigemacht hat vom Glauben an die erbliche Monarchie und auf die demokratische Republik schwört. In Wirklichkeit aber ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie, und im besten Fall ein Uebel, das dem im Kampf um die Klassenherrschaft siegreichen Proletariat vererbt wird und dessen schlimmste Seiten es ebenso wenig wie die Kommune umhin können wird, sofort möglichst zu beschneiden, bis ein in neuen, freien Gesellschaftszuständen herangewachsenes Geschlecht imstande sein wird, den ganzen Staatsplunder von sich abzutun.

Engels, Einleitung zu dem Bürgerkrieg in Frankreich.

Aus der Parteipresse.

Die soeben erschienene Nummer 2 der kommunistischen Halbmonatsschrift für Theorie und Praxis des Marxismus „Die Internationale“ enthält folgende Beiträge:

Die zerrissene Maske des Friedens; die erste proletarische Diktatur von Paul Werner;
Die Bildung einer einheitlichen Kampffront von Paul Bremer;
Die Spaltung der italienischen sozialistischen Partei von Christe Kabakschieff;
Das Problem des Lumpenproletariats von Carl Stucker;
Literatur.

Die „Internationale“ erscheint halbmonatlich und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag Franke, Berlin SW., Blücherplatz 2, zu beziehen. Eine Einzelnummer kostet 1 Mark.

Wir fordern alle Genossen, vor allem die Parteifunktionäre auf, die „Internationale“ zu lesen.

eine weitgehende Duldung, sondern noch weit mehr als Aufmunterung betrachtet wird.

Dies trägt natürlich seine Früchte in bezug auf die Taktik und die Art des öffentlichen Auftretens der Faszistenorganisationen. Sicher ist, daß sie in letzter Zeit ziemlich provokatorisch auftreten und daß sie in ihrer Tätigkeit sich meist der tatsächlichen Unterstützung der Militär- und Polizeibehörden erfreuen. „So konnte man anläßlich der mehrfachen Zusammenstöße in den letzten Wochen das moralische und tatsächliche Zusammenarbeiten von Polizei, Militär und Faszisten des öfteren feststellen.

Bei den letzten Zusammenstößen der Faszisten und Sozialisten in Florenz, Bologna und Triest, um nur die großen Orte zu nennen, haben die Faszisten Schulter an Schulter mit Polizei und Militär gegen die Barrikaden gekämpft. Gelegentlich ihrer gegen Sozialistenversammlungen gerichteten Störungs-„Ausflüge" wurden ihnen zuweilen sogar Militär- oder Polizeiautos zur Verfügung gestellt.

Die Pleite des Ex-Kaisers.

Unter Aufsicht abgereist.

Der Korrespondent des „Berliner Tageblattes" meldet am 5. April aus Wien:

Der Ex-Kaiser Karl hat heute vormittag um 10 Uhr 35 Minuten Steinamanger verlassen und durch das deutsch-österreichische Gebiet die Rückfahrt nach der Schweiz angetreten. Der Zug wurde, entsprechend einem gestern im Ministerrat in Wien gefaßten Beschlusse, von Vertrauensleuten der sozialdemokratischen und der christlichsozialen Partei begleitet. Der ungarische Minister des Aeußern, Graetz, der sich während dieser Tage in Steinamanger aufhielt, ist zurückgetreten.

Die Arbeitslosigkeit in Frankreich.

Unser französisches Parteiorgan, die „Humanité", teilt mit, daß sich jetzt im Seine-Departement 120000 Arbeitslose befinden. Diese Meldung beleuchtet kraß die Unfähigkeit des gesamten Kapitalismus, auch des der „Siegerländer", die Weltkrise beizulegen.

Aus der Provinz.

Aus dem Provinziallandtag.

Durch den Oberpräsidenten Zimmer wurde am 3. April der Provinziallandtag für Niederschlesien eröffnet. Daß in der Eröffnungsrede die nationalistischen Phrasen über Oberschlesien nicht fehlten und daß die Hüter der kapitalistischen Ordnung, die in Mitteldeutschland der klassenbewußten Arbeiterschaft an die Gurgel springen, gelobt wurden, paßt vortrefflich in das Bild der „sozialdemokratischen" Praxis. Besonders schön nahm es sich aus, daß der Herr Parteibonze den Fürsten Hatzfeld mit dem Titel „Durchlaucht" beehrte. Schon dieser Vorgang zeigte, daß trotz anderer Zusammensetzung von einer Umwälzung im Landtag keine Rede sein kann. Es ist unerhört, daß bei der Schuldenwirtschaft, die ja wie überall auch bei uns in den Verwaltungskörperschaften vorhanden ist, noch so viel Zeit für alten überlieferten Formelkram verbunden mit anschließender 26stündiger Unterbrechung nutzlos verbraucht wird, ehe man in die Erledigung der Tagesordnung eintritt. Bei dieser Unterbrechung handelte es sich um Kuhhandelsgeschäfte für die Besetzung des Präsidium für den Niederschlesischen Landtag. Um die Posten rangen im längeren Kampfe mit wiederholter Wahl Deutschnationale und Sozialdemokraten. Mit einer Stimme Mehrheit, die durch die Unterstützung der zwei kommunistischen Stimmen erreicht wurde, ging der Sozialdemokrat Seibold als Sieger hervor. Stellvertreter wurde der Volksparteiler Soelbeer.

Lokales.

Breslau, den 7. April 1921.

Das schlesische „Kommunisten-Komplott".

Die Märchenerzählungen und Schauernachrichten über kommunistische illegale Kampforganisationen, über weitverzweigte Komplotts und Bombenattentate füllen täglich die rechtssozialistischen und bürgerlichen Blätter. Der Zweck dieser Hetze ist es, den braven Bürger grausich zu machen und die Arbeiterschaft gegen die Kommunisten aufzubringen, damit die weiße Justiz bei ihrer in den nächsten Tagen beginnenden Henkersarbeit nicht gestört wird.

Augenblicklich setzt die brave Breslauer Spießerschaft ein Land der eifrigen Kriminalpolizei in Erregung. Hiernach hätte beinahe ganz Schlesien unter der Herrschaft der „verbrecherischen" Kommunisten gestanden.

Das „Berliner Tageblatt" läßt sich von seinem Korrespondenten berichten, daß hierbei Dokumente wichtigen Inhalts gefunden seien. Man staune: da wurden gefunden Dokumente über eine illegale Organisation, eine Kampforganisation mit bewaffneten Stoßtrupps, Nachrichtenabteilungen, ein großer Organisationsplan, der das Eisenbahn- und Verpflegungswesen usw. regelt und einen, der sogar die Einrichtung von Staffettenlinien durch ganz Deutschland betrifft. Das schönste dabei aber ist, daß auch hinter dieser Organisation — Max Hölz stehen soll. Derselbe Max Hölz, der nach der „Liegnitzer Volkszeitung" — die gern von Bombenwürfen der Kommunisten berichtet — in Berlin Handgranaten- und Eisenbahnattentate verübt, der nach anderen Meldungen zurzeit in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet rote Armeen führt.

Die „Volkswacht" darf selbstverständlich bei solch gefährlichen Geschichten nicht fehlen; sie kann sogar Einzelheiten über die Bestände der Stoßtrupps angeben und kennt die Form und Größe der Bomben.

Die ganze Angelegenheit beruht natürlich nur auf einer üblen Spitzelmache und ist dazu da, die Arbeiterschaft über den weißen Justizschrecken hinwegzutäuschen.

Offener Brief an die Breslauer Justiz-Machthaber!

Wir fordern die sofortige Freilassung der verhafteten Genossen Erich Schuster, Bernhard Gruschwitz, Erich Paris und Willy Schlagner, die beschuldigt werden, das Bombenattentat in der Tauentzienstraße verübt zu haben. Alle vier Genossen sind unschuldig an dem ihnen zur Last gelegten Vergehen und können sämtlich einwandfreie Alibi beibringen. Sie werden festgehalten ohne den Schatten eines Beweises, lediglich aus dem Grunde, weil 2 völlig verkommene Subjekte sie denunziert haben, um die vom Polizeipräsidenten ausgesetzte Belohnung von 10 000 Mark zu „verdienen".

Diese dunklen „Ehrenmänner" sind:

Der ehemalige Former und jetzige Kaufmann Bruno Jüttner, Breslau, Ring 7.

Der stellungslose und wohnungslose frühere Bankbeamte Hans Gruschwitz, der sich nicht gescheut hat, zu der Denunziation seines eigenen Bruders beizutragen.

Diese beiden Spitzel haben auch nicht den Schatten eines Beweises in Händen; trotzdem hält der Polizeipräsident bzw. die Staatsanwaltschaft die Angeschuldigten fest.

Die Bezirksleitung der VKPD. Schlesien.

Die Lage der Partei nach der März-Aktion.

Die Mitgliederversammlung der Partei, welche am Dienstag abend bei Baudach stattfand, war gut besucht, obwohl durch die heimtückische Beschlagnahme der Dienstag-Nummer der Zeitung jede schriftliche Bekanntmachung der Versammlung unterblieben war. Das Referat über die Situation der Partei nach der März-Aktion hatte Genosse Scholem-Berlin übernommen. Er führte etwa folgendes aus:

Die Pariser Beschlüsse und die Londoner Sanktionen haben das deutsche Bürgertum in eine sehr schwierige weltpolitische Lage gebracht. Das gab auch den Anstoß zu einer Verschärfung der innerpolitischen Situation. Die Angst vor der Arbeiterschaft, die nur durch die Revolution und das Bündnis mit Sowjetrußland sich von den drohenden Folgen der Pariser Beschlüsse befreien kann, treibt das Bürgertum in die Arme der Orgesch-Reaktion. Natürlich fangen sie es nicht zum zweitenmal so dumm an wie zur Zeit des Kapp-Putsches, sondern sie versuchen es auf ganz geschickte Weise, sich die Macht vollends zu sichern.

Dagegen müßten wir Kommunisten auftreten, obwohl wir noch nicht den größten Teil der Arbeitermassen hinter uns haben. Aber wir haben als Vorhut die Pflicht, dem ganzen deutschen Proletariat den Weg zu zeigen, den es marschieren muß. Das kann man nicht nur durch theoretische Propaganda tun, man muß es auch praktisch zeigen. So riefen wir zur Abwehr auf, als die bayerische Orgesch sich auch gegen die Entwaffnung auflehnte und als Hörsing, der Spießgeselle der Orgesch, die Mansfelder Arbeiter provozierte.

Genosse Scholem schilderte dann den Verlauf der Aktion, ging auf die Lügen der bürgerlichen und „sozialistischen" Schmierfinken über Mitteldeutschland näher ein und sprach eingehend über den weißen Schrecken. Die Aktion gelangte nicht zum Siege, weil die sozialdemokratischen Führer sich völlig der offenen Konterrevolution verschrieben haben. Aber unser Weg war richtig und die Partei geht ungeschädigt aus der Aktion hervor. Wir haben gesehen, daß wir eine zentrale Führung besitzen, die den Kämpfen nicht ausweicht, die nicht bremst wie früher die Führer in der USP. Wir haben auch erkannt, daß unsere Organisation richtig aufgebaut ist. Gewisse Mängel, die sich gezeigt haben, müssen beseitigt werden. Wir müssen jetzt doppelt arbeiten, um die erneute Revolutionierung der Massen zu ermöglichen.

Genosse Scholem legte folgende Resolution als Zusammenfassung seiner Ausführungen vor:

Die Mitgliederversammlung der VKPD., Ortsgruppe Breslau, erklärt, daß die Märzaktion der Partei kein Putsch, sondern ein von den historischen Notwendigkeiten des gesamten deutschen Proletariats getragenes Vorpostengefecht der revolutionären Kräfte Deutschlands war, das den Proletariermassen der SPD. und USP. den richtigen Weg zur siegreichen Bekämpfung des Kapitalismus gezeigt hat.

Die Breslauer Genossen sprechen der Zentrale der Partei ihr volles Vertrauen aus, weil diese gezeigt hat, daß sie energisch und zielbewußt eine revolutionäre Aktion zu führen weiß. Eine Niederlage im Kampfe aber ist ehrenvoller als ein Dahinwursteln im Sumpfe.

Ferner stellen die Breslauer Genossen fest, daß der zentralistische Aufbau der Parteiorganisation sich durchaus bewährt hat, daß aber gewisse Organisationsformen, deren Notwendigkeit im Wesen der 3. Internationale wurzeln, sich noch nicht genügend an die deutschen Verhältnisse angepaßt haben und daher unverzüglich reformiert werden müssen.

Die Breslauer Genossen geloben, nach wie vor treu zur Fahne der kommunistischen Revolution zu stehen und jedem Versuch, den Geist der Passivität und der Feigheit in die VKPD. hineinzutragen, energisch entgegentreten zu wollen.

Eine rege Diskussion entspann sich nach dem mit Beifall aufgenommenen Referat. Ein Genosse übte Kritik an der jetzt von der Partei eingeschlagenen Taktik, seine Ausführungen fielen aber auf keinen fruchtbaren Boden. Alle übrigen Diskussionsredner begrüßten die Aktion und brachten zum Ausdruck, daß ein Kommunist Niederlagen nicht scheuen, sondern immer wieder den Kampf für seine Ziele aufnehmen muß. Die Resolution wurde gegen drei Stimmen angenommen, wodurch die Breslauer Genossen gezeigt haben, daß sie unermüdlich und trotz des Wütens der Justiz weiterarbeiten werden.

Die neuen Postgebühren.

Die wesentlichsten neuen Gebühren, die am 1. April im Postverkehr innerhalb Deutschlands in Kraft treten, sind folgende: Für Postkarten im Ortsverkehr 30 Pf., im Fernverkehr 40 Pf.; für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 40 Pf., über 20 bis 250 Gramm 60 Pf., für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 60 Pf., über 20 bis 100 Gramm 80 Pf., über 100 bis 250 Gramm 1.20 Mk. (Ortsverkehr ist der Verkehr innerhalb des Orts- und Landbestellbezirks des Aufgabepostorts. Die Grenze des Aufgabepostorts deckt sich mit der Gemeindegrenze). Für Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Grüße oder ähnliche Höflichkeitsformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, 15 Pf. (Ansichtskarten, die weitergehende schriftliche Mitteilungen enthalten, oder bei denen sich Mitteilungen auf der Rückseite befinden, unterliegen der Postkartengebühr.) Für Päckchen bis 1 Kilogramm 1.50 Mk. Für Pakete bis 5 Kilogramm: Nahzone 3 Mk., Fernzone 4 Mk.; über 5 bis 10 Kilogramm: Nahzone 6 Mk., Fernzone 8 Mk.; über 10 bis 15 Kilogramm: Nahzone 12 Mk., Fernzone 16 Mk.; über 15 bis 20 Kilogramm: Nahzone 18 Mk., Fernzone 24 Mk. Für Postanweisungen bis 50 Mk.: 50 Pf., über 50 bis 250 Mk.: 1 Mk., über 250 bis 500 Mk.: 1.50 Mk., über 500 bis 1000 Mk.: 2 Mk., über 1000 bis 1500 Mk.: 3 Mk., über 1500 bis 2000 Mk.: 4 Mk. (Meistbetrag auf 2000 Mk. erhöht.) Die Einschreibegebühr wird auf 1 Mk. festgesetzt. Die Inlandgebüren für Briefsendungen, Wertsendungen, Postanweisungen und Pakete gelten auch nach dem Saargebiet (jedoch Päckchen nicht zugelassen) sowie nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig und dem Memelgebiet. Die Inlandgebüren für Briefsendungen gelten ferner nach Luxemburg, Oesterreich, Ungarn und Westpolen; jedoch sind nach diesen vier Ländern Drucksachenkarten zu ermäßigtem Satz nicht, Päckchen nur nach Westpolen zugelassen. Nach dem Ausland gelten im Postverkehr folgende Gebührensätze: Briefe bis 20 Gramm 1.20 Pf., für jede weitere 20 Gramm 60 Pf. Postkarten: einfache 80 Pf., mit Antwort 1.60 Mk.

Versammlungskalender.

Breslau. Kommunistische Jugend. Donnerstag abend 7 Uhr, Mitgliederversammlung in der Schule Minoritenhof. Thema: Die nächsten Aufgaben der kommunistischen Jugend. Alle erscheinen.

Waldenburg. Kommunistische Jugend. Donnerstag, den 7. April, vorm. 7 Uhr, Treffpunkt zum Schwimmen am Stadtbad. Sonnabend, den 9. April, Arbeitsabend im Jugendheim. Sonntag, den 10 April, Zusammenkunft im Jugendheim. Vorträge über „Alkohol und Nikotin" und „Wie sollen wir wandern."

An alle Genossinnen und Genossen!

Wir wenden uns hiermit an die Genossinnen und Genossen, uns zu unterstützen, um den in letzter Zeit zahlreich verhafteten Genossen ihre Lage so gut wie irgend möglich gestalten zu können. Hierzu benötigen wir die regste Unterstützung eines Jeden. Unterstützt uns mit Lebensmittel, Rauchwaren, Brotmarken oder Geldmitteln. Wir hoffen, nicht umsonst an die Solidarität aller Genossen appelliert zu haben. Angenommen wird täglich in den Räumen der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung", Nikolaistraße 49/50 I.

Herausgeber: „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H." Verantwortlich für den gesamten Inhalt Ernst Becker, für Inserate: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Druck: Buchdruckerei Bäsel & Danigel, sämtlich in Breslau

Stadttheater.
Donnerstag 7 Uhr:
Die Zauberflöte.

Lobe-Theater.
Täglich 7 Uhr:
Arbeiter unterer Kraft.
1. und 2. Teil.

Gloria-Theater.
Täglich 7½ Uhr:
Die Maus.

Schauspielhaus.
Gartenstraße. U. R. 2545
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag 7½ Uhr:
Die Dame in Rot.

Für Wiederverkäufer
Großes Zimmer m. Sprungdeckel, Uhrketten, Armbänder, Ringe.
Feilter, Nikolaistr. 16 u. 17.

Matthias-Kino.
Matthiasstraße 33 und Kaiserstraße 9.

Die rote Hexe
Abenteuerfilm
5 Akte.

Der unterirdische Tempel
6 Akte.

Wieder eingetroffen!
Rosa Luxemburg
Briefe aus dem Gefängnis
Preis 550 Mk.
Komm. Bücherei
BRESLAU 5, Gräbschener Straße 45.

Soeben erschienen:
Die Internationale, Heft 2
Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus.
Inhalt des Heftes:
Die gerettete Mutter des Friedens. — Die erste proletarische Diktatur, Paul Werner. — Die Bildung der einheitlichen proletarischen Kampffront. — Die Spaltung in der italienischen sozialistischen Partei. — Das Problem des Lumpenproletariats. — Literatur: N. Bucharin und E. Preobrashenski: Das Abc des Kommunismus. Preis 1.— Mk.
Zu beziehen durch:
Kommunistische Bücherei
Breslau 5, Gräbschener Straße 45.